

BÜRGERPROGRAMM

# WARTBURGKREIS



## BÜRGERFORUM WARTBURGKREIS



# VOM GRENZGEBIET ZU DEUTSCHLANDS MITTE – BÜRGERMEINUNG, BITTE!

### Impressum

 Eine Initiative des Bundespräsidenten mit:

| BertelsmannStiftung  Heinz Nixdorf Stiftung

© BürgerForum 2011  
c/o Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256 · 33311 Gütersloh  
[www.buergerforum2011.de](http://www.buergerforum2011.de)

Verantwortlich:  
Dr. Robert B. Vehrkamp · Dr. Dominik Hierlemann  
Anna Wohlfarth · Lars Thies  
Redaktion: Pia-Annabelle Wischnat

Gestaltung und Lektorat:  
SCHMITZ WG Corporate Communication GmbH · [www.schmitz-wg.com](http://www.schmitz-wg.com)

Fotos: Maja Metz (Titel), Reinhard Feldrapp (S. 3), Rafael Herlich (S. 11)  
Heiko Matz (S. 6, 13, 15, 17, 19, 21, 23)

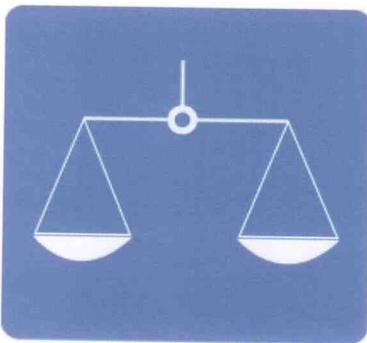
Wir bitten um Verständnis, dass in der Regel auf die explizite Nennung der weiblichen Sprachform verzichtet wurde. Frauen und Männer sind immer gleichermaßen gemeint.

# INHALT

|  |           |
|--|-----------|
| Das BürgerForum 2011 – Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen. | <b>04</b> |
| Der Weg zum BürgerForum  | <b>06</b> |
| So funktioniert die Online-Plattform   | <b>08</b> |
| Wie können wir den gesellschaftlichen Zusammenhang in Deutschland fördern?     | <b>10</b> |
| Vorschlag Ausschuss Solidarität und Gerechtigkeit                              | <b>12</b> |
| Vorschlag Ausschuss Demokratie und Beteiligung                                 | <b>14</b> |
| Vorschlag Ausschuss Familiäre Lebensformen                                     | <b>16</b> |
| Vorschlag Ausschuss Integration  | <b>18</b> |
| Vorschlag Ausschuss Bildung  | <b>20</b> |
| Vorschlag Ausschuss Demografie   | <b>22</b> |



*Bundespräsident Christian Wulff eröffnete das BürgerForum 2011 mit einer Rede in Naila im Landkreis Hof. Die Rede wurde live in die anderen 24 Regionen übertragen.*



Solidarität und Gerechtigkeit



Demokratie und Beteiligung



Familiäre Lebensformen

# DAS BÜRGERFORUM 2011 – ZUKUNFT BRAUCHT ZUSAMMENHALT. VIELFALT SCHAFFT CHANCEN.

Das BürgerForum 2011 ist eine Initiative des Bundespräsidenten Christian Wulff mit der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung. In 25 Städten und Landkreisen in Deutschland wurden jeweils 400 nach einem Zufallsverfahren ausgewählte Bürger eingeladen mitzudiskutieren. Bundesweit beteiligten sich so 10.000 Bürger an der Diskussion.

Die Kluft zwischen Wählern und Gewählten hat sich vergrößert. Deshalb ist es wichtig, Brücken zwischen den Bürgern und den politisch Verantwortlichen zu schlagen und ein gemeinsames, verantwortliches Handeln zu initiieren. Auch die Gesellschaft treibt heute an vielen Stellen auseinander: Davon zeugt der Gegensatz zwischen Jung und Alt, die Kluft zwischen Arm und Reich, die unzureichende Integration von Migranten. Wie wollen die Menschen in Deutschland vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen künftig zusammenleben?

Unter der Überschrift „Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen.“ haben die Teilnehmer zu dieser Frage in sechs thematischen Ausschüssen gearbeitet (siehe Abbildungen unten).

Das Ergebnis des BürgerForums 2011 sind 25 regionale BürgerProgramme, mit jeweils einem konkreten Vorschlag zu jedem Ausschussthema. Alle Teilnehmer wählen außerdem einen der regionalen Vorschläge pro Thema in ein bundesweites BürgerProgramm. Am 28. Mai übergeben sie dieses BürgerProgramm an den Bundespräsidenten und stellen es der Öffentlichkeit vor.

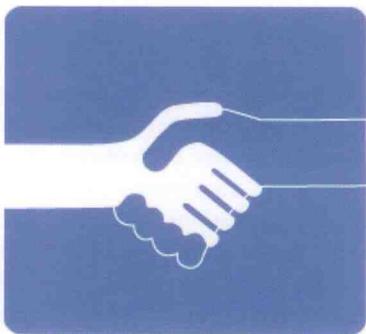
## So wurde der Wartburgkreis Teil des BürgerForums

Im Herbst 2010 wurden alle Landkreise in Deutschland, alle kreisfreien Städte und alle Städte mit mehr als 80.000 Einwohnern zur Mitwirkung am Bürger-

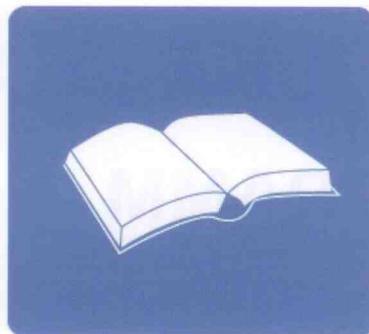
Forum 2011 eingeladen. Über 160 Städte und Landkreise hatten sich beworben. Aus allen Bewerbungen wurden schließlich per Losverfahren 25 Regionen ausgewählt. Der Wartburgkreis war dabei!

## So wurden die Teilnehmer ausgewählt

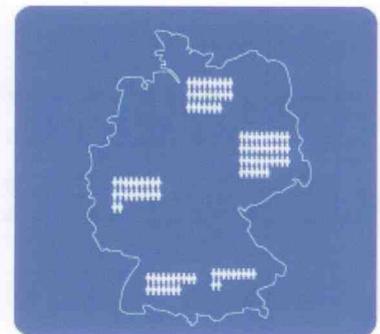
Für jeden Teilnehmer begann das BürgerForum mit einem Anruf. Die 400 Bürger aus dem Wartburgkreis wurden durch eine zufällige Stichprobe aus dem Telefonregister ausgewählt und zum BürgerForum eingeladen. Ziel der Zufallsauswahl war, dass die Teilnehmer die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und dass eine möglichst große Zahl an unterschiedlichen Meinungen und Erfahrungen in die Diskussion und in die Vorschläge einfließt.



Integration



Bildung



Demografie



## DER WEG ZUM BÜRGERPROGRAMM

Meistens treffen sich Menschen entweder auf politischen Veranstaltungen oder sie diskutieren im Internet, häufig ohne einander zu kennen. Die Besonderheit des BürgerForums ist es, beides miteinander zu verbinden: Das Bürger-Programm ist ein Ergebnis, das von den Teilnehmern sowohl auf Veranstaltungen als auch online erarbeitet wurde.

### Auftakt

Begonnen haben die Teilnehmer des BürgerForums mit der Arbeit auf einer



Auftaktveranstaltung am 12. März 2011. Alle sechs Ausschüsse eines regionalen BürgerForums kamen hier jeweils zusammen. Die Mitglieder eines Ausschusses hatten die Gelegenheit, sich persönlich kennenzulernen und einen ganzen Tag lang intensiv zu arbeiten. In Diskussionen und Abstimmungen in kleinen Runden traf jeder Ausschuss erste inhaltliche Festlegungen für das BürgerProgramm. Unter dem Titel „Herausforderung“ haben die Teilnehmer das jeweils größte gesellschaftliche Problem oder die wichtigste Entwick-

lung in ihrem Ausschussthema identifiziert und gemeinsam in wenigen Sätzen festgehalten.

In einem zweiten Schritt haben sie stichpunktartig erste Vorschläge formuliert, wie der Herausforderung begegnet werden kann.

Zeitgleich nahmen die Teilnehmer des BürgerForums 2011 in allen Regionen die Arbeit auf. Mit einer Rede in Naila im Landkreis Hof, die in alle anderen Regionen übertragen wurde, eröffnete Bundespräsident Christian Wulff das BürgerForum.

## Online-Diskussion

Die Ergebnisse des Auftakts nahmen die Teilnehmer mit in die Online-Diskussion. Innerhalb von zwei Wochen haben sie die einzelnen Vorschläge weiter ausgearbeitet und schließlich per Abstimmung in jedem Ausschuss den überzeugendsten Vorschlag ausgewählt. In den folgenden drei Wochen der Online-Diskussion wurde an dem ausgewählten Vorschlag weitergearbeitet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Details des Vorschlags sowie seine Vor- und Nachteile diskutiert und schließlich den Text formuliert, wie er hier im BürgerProgramm zu lesen ist. Vier sogenannte Online-Moderatoren haben in dieser Zeit darauf geachtet, dass die Diskussion fair und sachlich verläuft.

## BürgerRedakteure schreiben die Texte

Wie konnten 60 oder 70 Menschen in jedem Ausschuss an einem gemeinsamen Text schreiben? Die Antwort ist: Nicht jeder arbeitete selbst am Text. Das Formulieren des Vorschlags übernahmen sogenannte BürgerRedakteure. Sie waren selbst auch Teilnehmer des BürgerForums, hatten aber eine besondere Rolle übernommen. Pro Ausschuss gab es zwei BürgerRedakteure mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe: Alle Mitglieder eines Ausschusses konnten Kommentare, Änderungen und Ergänzungen zu einem Vorschlag und zu einzelnen Textabschnitten machen. Die Bürger-Redakteure haben dann aus diesen Kommentaren und Anmerkungen die zusammenhängenden Texte für das BürgerProgramm formuliert.

## Der Tag des BürgerForums

Auf einer zweiten Veranstaltung am 14. Mai in allen 25 Regionen wurden die Ergebnisse in Form des vorliegenden BürgerProgramms der Öffentlichkeit vorgestellt und mit Vertretern von Politik und Gesellschaft diskutiert.

# SO FUNKTIONIERT DIE ONLINE-PLATTFORM

Die Online-Plattform des BürgerForums ist der zentrale Arbeitsbereich des BürgerForums. Hier arbeiten 10.000 Teilnehmer gemeinsam an 25 regionalen BürgerProgrammen und an einem bundesweiten BürgerProgramm. Die Teilnehmer jedes der 25 regionalen BürgerForen diskutieren zunächst auf einer eigenen Plattform unter sich. Für die Wahl der Vorschläge in das bundesweite BürgerProgramm werden die 25 einzelnen Plattformen miteinander vernetzt. Die Online-Plattform wurde eigens für das Projekt entwickelt und enthält eine Reihe von Funktionen, die den Teilnehmern ermöglicht, online zu diskutieren und gemeinsam an konkreten Texten zu arbeiten.

## Gesicht zeigen

Bei der Auftaktveranstaltung hatten sich viele Teilnehmer bereits kennengelernt und auch online sollten sie sich, anders

als bei vielen anderen politischen Diskussionen im Internet, nicht anonym austauschen. So stehen die Teilnehmer des BürgerForums mit ihrem Namen und einem Foto zu ihren Diskussionsbeiträgen. Eine persönliche Nachrichtenfunktion ermöglicht den Austausch untereinander auch abseits der inhaltlichen Diskussion.

## Kommentare und Anmerkungen

Die Arbeit an den gemeinsamen Texten verläuft nicht in der offenen Struktur eines Internet-Forums, in dem alle Beiträge untereinander erscheinen. Direkt am Text arbeiten nur die BürgerRedakteure. Die anderen Teilnehmer schreiben Kommentare und Anmerkungen dazu, die sich direkt auf eine bestimmte Textpassage beziehen. Auf den ersten Blick ungewohnt, ermöglicht diese Struktur, dass viele Menschen gleichzeitig an einem Text arbeiten. Wurde ein Kommentar

durch den BürgerRedakteur eingearbeitet, kann er ihn auf „erledigt“ setzen. Damit der Prozess transparent verläuft, bleibt der Kommentar aber weiterhin einsehbar.

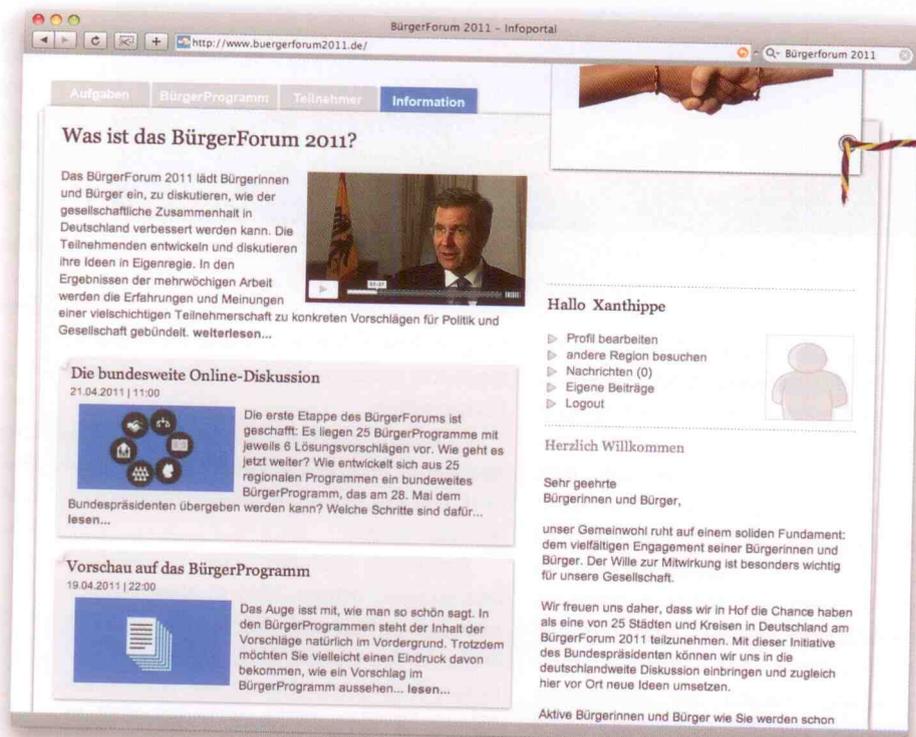
## Aufgabenbereich

Den Überblick über die Geschehnisse auf der Plattform behalten die Teilnehmer in ihrem persönlichen Aufgabenbereich. Hier erfahren sie Schritt für Schritt, wie die Diskussion sich entwickelt, in welcher Form sie mitwirken können und ob sie eine persönliche Nachricht in ihrem Postfach auf der Plattform erhalten haben.

## Informationen

Im Bereich „Information“ werden regelmäßig aktuelle Artikel zum BürgerForum 2011 eingestellt, zum Beispiel Ankündigungen für Veranstaltungen, Erklärungen

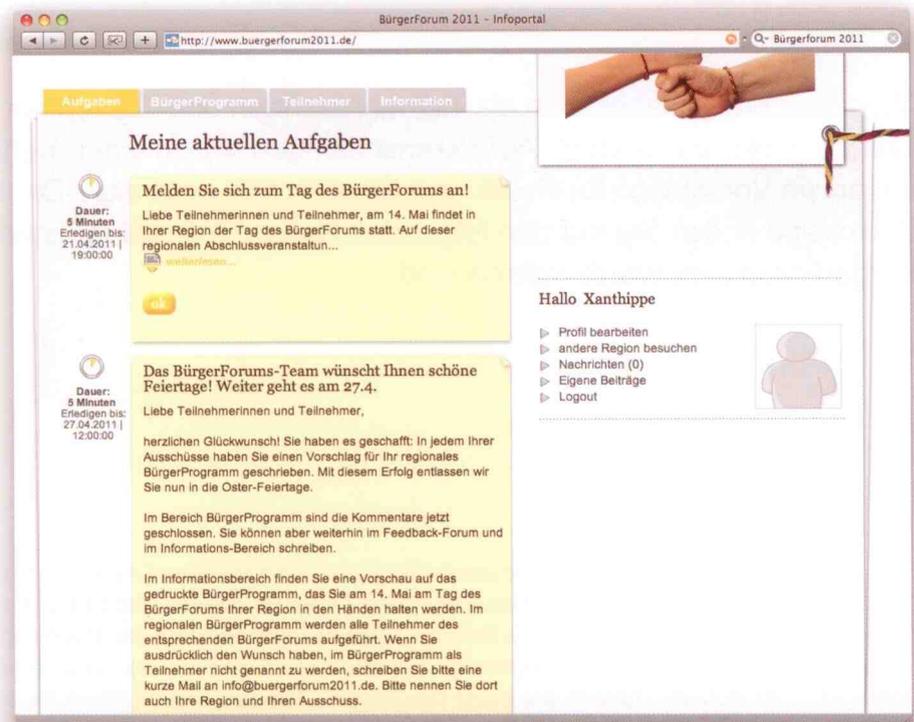
## Aktuelle Informationen aus dem BürgerForum



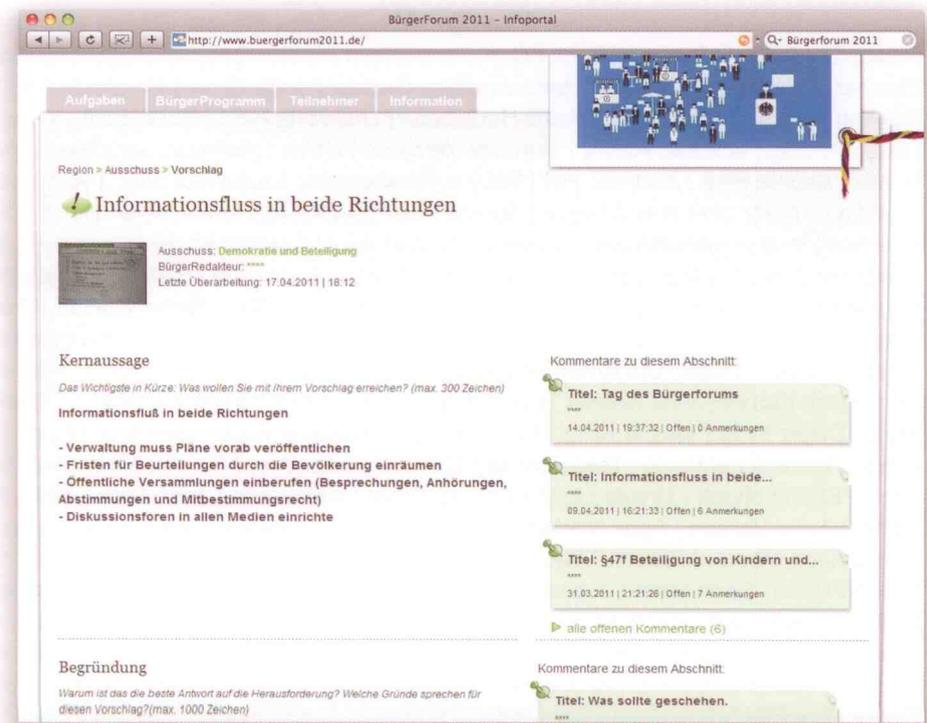
gen zu der Online-Plattform und einiges mehr. Sowohl die Teilnehmer als auch interessierte Gäste können sich in diesem Bereich über den Fortgang des BürgerForums auf dem Laufenden halten.

### Moderation

Damit die Online-Diskussion fair und sachlich bleibt, braucht es eine Moderation. Für das BürgerForum 2011 wird diese Funktion von eigens dafür geschulten Online-Moderatoren übernommen. Die meisten von ihnen waren bereits bei einem früheren BürgerForum als Teilnehmer dabei. Gegenüber dem Inhalt verhalten sich die Online-Moderatoren neutral – sie bewerten die Ideen und Vorschläge nicht, sondern achten nur darauf, dass eine ausgewogene Diskussion entstehen kann.



### Kommentare und Anmerkungen zum Text des BürgerProgramms



# WIE KÖNNEN WIR DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT IN DEUTSCHLAND FÖRDERN?

Mit dieser Frage haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des BürgerForums Wartburgkreis beschäftigt. Auf Veranstaltungen und in einer mehrwöchigen Online-Diskussion haben sie Vorschläge für Politik und Gesellschaft erarbeitet. Die Ergebnisse ihrer Diskussion finden Sie auf den folgenden Seiten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer des BürgerForums im Wartburgkreis sind:

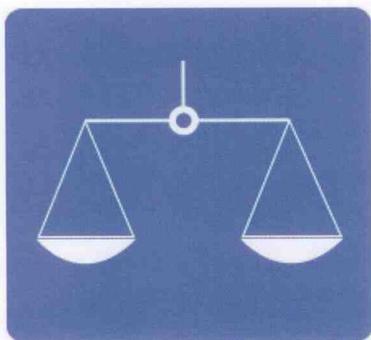
Axel Albert | Felix Alcalá-Toca | Gert Anacker | Schromm Angelo | Bernd Apfel | Bettina Arnold | Holm Arnold | Edo Artes | Birgitt Atlas | Karl-Josef Backhaus | Ariane Bassiner-Müller | Bernd Baumbach | Jörg Baumbach | Rainer Becker | Jessica Beer | Gustav Bergemann | Annelie Berndt | Andreas Bertram | Günter Beyersdorfer | Jan Beyersdorfer | Elisabeth Bittner | Michaela Bleicher | Uwe Böhm | Konstanze Böhme | Ingeburg Bonsack | Reinhard Börnicke | Barbara Borowy | Leo Bos | Ingo Böttger | Irmtraut Böttinger | Lutz Botzum | Olaf Braun | Gabriele Braun | Thomas Braun | Klaus-Peter Bregas | Manuela Bude | Diana Bültge | Hans-Albrecht Burkhardt | Wolfgang Chrostek | Janka Chudaske | Klaus-Peter Dahms | Frank Darr | Norbert Demuth | Thomas Deubel | Petra Dietzel | Gerold Ditzel | ThuyThi Do | Peggy Dressel | Axel Dröbs | Magdalene Eichholz | Hartmut Eismann | Ingolf Ender | Inge Endler | Britta-Suzann Enge | Brigitte Enzmann | Elke Ernst | Jens Euler | Reinhard Eußner | Tobias Feickert | Stefanie Feige | Jasmin Fey | Angelika Fey | Katrin Fiedler | Elvira Fischer | Ingo Flaig | Carolin Fleck | Hubert Franke | Regina Frimel | Hannes Frisch | Wilfried Frischmann | John Frischmann | Andreas Fritsch | Susanne Fuß | Christoph Gallas | Monika Gebhard | Heiko Gerne | Christian Gesang | Ulrike Gierth | Werner Giese | Torsten Gieß | Roland Gödel | Thomas Göhring | Hilmar Goldbach | Meinhard Golm | Christiane Göpel | Dieter Göschel | Ingeborg Grasmäder | Mario Gratz | Dietmar Greiner | Eberhardt Grobe | Grit Groß | Hans-Joachim Grosse | Jutta Grun | Harald Guba | Denis Gubitz | Heike Gumprecht | Rene Günther | Frank Hartung | Karl-Heinz Hausmann | Lieselotte Hehl | Gerd Heidt | Klaus Heidt | Heike Heilwagen | Thomas Heinel | Beate Helbig | Manfred Helbig | Cornelia Helmund | Helmut Hempel | Jana Henn | Marina Herbst | Jutta Herchenhan | Stefan Herda | Sabine Heß | Andreas Hill | Sabine Hlawatschek | Jutta Hofmann | Andre Hofrock | Walter Hohmann | Jens Höhne | Christian Hollatz | Frank Holzhauser | Sabine Hopf | Wolfgang Horn | Töpfer Horst | Barbara Hoßfeld | Hartmut Hoßfeld | Bernd Hossfeld | Holger Hübschmann | Andreas Hundertmark | Carmen Hupel | Birgit Ifert | Sandro Iffert | Eva Marie Iffland | Dirk Isleb | Joachim Jaretski | Ingo Jary | Denny Johne | Evelyn Kaiser | Ilka Kalbe | Patricia Kath | Sabine Katzmann | Matthias Kehr | Brigitte Kellner | Jürgen Kersten | Michael Keßler | Rosel Keßler | Stefan Kettner | Gabi Kettner | Robert Kiefer | Dirk Kirchner | Birgit Kirchner | Christiane Kirchner | Sylvia Kirsch | Helmut Kister | Jan Kleinsteuber | Ralph Klinzing | Heike Klinzing | Heike Klinzing | Dieter Knittel | Uta Knorn | Andreas Knorr | Daniel Koch | Volker Koch | Wilfried Köhler | Roland Köhler | Norbert Konrad | Anneliese Körber | Jens Krämer | Ernst Kranz | Jürgen Kranz | Hartmut Kranz | Stephan Krenzer | Marianne Kromke | Michael Krug | Dieter Krug | Inessa Krug | Katrin Krug | Christiane Krug | Gerhard Krüger | Barbara Krüger | Susanne Kühn | Beate Lange | Markus Lehmann | Mario Lenke | Daniela Leutbecher | Markus Liebetrau | Manfred Limburg | Florian Lindner | Alfred Linss | Bodo Lobach | Ursula Lockl | Christa Loehr | Katja Loth | Jens-Uwe Löwe | Jürgen Lucas | Wolfgang Luther | Martina Luther | Anke Markert | Egon Markert | Karl-Josef Martin | Manfred Matten | Sylvia Matthay | Roland Matthias | Annett Matthias | Constance Maurer | Kerstin May | Otto Mayer | Lothar Mehlhorn | Karl Meissner | Christa Meyer | Ralf Meyer | Elke Meyer | Norbert Mihm | Erich Mihm | Johanna Moeller | Dieter Moritz | Karsten Müller | Carmen Naumann | Doris Nehrigh | Tina Nelkert | Matthias Neuendorf | Winfried Neuhaus | Ellen Nitsch | Heiko Noll | Winfried Nolte | Manfred Nothnagel | Kay Nowak | Evelyn Nowak | Lars Ophagen | Sieglinde Ortlepp | Christian Ortman | Romy Pabst | Frank Pach | Gerhard Pagel | Nils Paruschke | Norbert Peter | Petra Peter | Nicole Peter | Sybille Peter | Annette Petter | Annette Petter | Maria Petzold | Holger Pfaff | Rainer Pfeifer | Ilse Pforr | Meinhard Pforr | Helmut Philipps | Jürgen Pohler | Doreen Poltermann | Alexander Prasse | Christine Probst



| Peter-Jens Protzmann | Ulrich Pusch | Margrit Radtke | Jan Rauschenberg | Eva-Maria Reformat | Stefan Reichardt | Joachim Reichert | Michael Reimschüssel | Kathrin Reinhard | Johanna Reinhardt | Sabine Reisner | Ina Reissig | Sylvia Ressel | Sandra Rexhäuser | Marita Richter | Jeannette Riedl | Fabian Rimbach | Silvia Röbler | Christina Romeis | Klaus Römhild | Ute Römhild | Roland Römhild | Jürgen Römhild | Marko Römhild | Barbara Rommel | Knut Rommel | Hardi Rosenthal | Steffi Rosenzweig | Frank Rothamel | Dominik Ruge | Karin Rumpf | Jenny Ruppert | René Saal | Elisabeth Saupe | Rainer Schachtschabel | Christian Scharfenberg | Annett Scheler-Pfeil | Peter Schellenberg | Berit Scheller | Katja Schiel | Kerstin Schildmacher | Hans Schirmer | Friedrich Schlecht | Regina Schlothauer | Torsten Schmelz | Hermann Schmelz | Dietmar Schmelzer | Ursula Schmidt | Jürgen Schmidt | Katja Schmidt | Peter Schmidt | Uwe Schmidt | Klaus Schmidt | Friedrich Schmidt | Regina Schmidt | Kerstin Schmidt | Maik Schöllhorn | Kathrin Schön | Torsten Schönberg | Ingeborg Schramm | Manuela Schröder | Tobias Schröder | Michael Schröder | Ralf Schuchert | Wolfgang Schuchert | Hubert Schuchert | Bernhard Schuchert | Sophie Schuhmann | Frank Schüler | Heinz-Joachim Schulz | Ramona Schulze | Ingrid Schulze | Stefan Schwanebeck | Philipp Schwartz | Angelika Schwarz | Mario Schwarz | Daniel Schwarz | Tobias Schwarz | Uwe Schwebke | Thomas Seidenstücker | Wolfgang Seifert | Daniela Sell | Karsten Senf | Marita Seyfarth | Michael Simon | Reinhard Sobanski | Reinhard Sobanski | Holger Sömmmer | Bernd Spangenberg | Eva Specht | Detlev Stauch | Susanne Stauch | Achim Storz | Gabriele Strobl | Erwin Stub | Alfred Stumpf | Monika Stütz | Gregor Sudhoff | Lothar Teichert | Daniela Tenzer | Günter Thiel | Bettina Thrän | Silvio Tischer | Regina Tittmar | Alexander Töpfer | Roswitha Trabert | Doris Trinks | Matthias Trostmann | Andre Trott | Andreas Trümper | Wolfgang Tschaar | Michael Unger | Sigrid Urbig | Gisela Verges | Eckhard Vinz | Barbara Vogel | Sabine Volkmar | Arno Volkmar | Alexander Waganow | Jan Wameling | Arndt Weih | Stephanie Weih | Ute Weilbach | Manfred Weiß | Britta Weißbach | Ingrid Weißgerber | Susanne Weitz | Christel Wellendorf | Christel Wenk | Franziska Wenzel | Susanne Westheuser | Sibylle Weyh | Stefan Wichmann | Hartmut Wiegand | Silke Wiener | Rigo Wildförster | Ulrich Winius | Dieter Winkelstein | Martin Witzel | Barbara Wodniok | Karin Wohlfarth | Manuel Wolf | Steffi Wolf | Oliver Wulff | Rosemarie Zeitz | Angela Zickler | Wolfgang Ziegler | Loni Zimmermann

### **EIN DANKESCHÖN**

Vor und hinter den Kulissen haben viele Menschen tatkräftig an der Umsetzung des BürgerForums mitgewirkt: Astrid Ißleib von der Kreisverwaltung Wartburgkreis hat mit ihrem Team die Veranstaltungen organisiert. Mit großem Engagement setzten sie das BürgerForum 2011 zusätzlich zu ihren sonstigen Tätigkeiten vor Ort um. Ohne ihren Einsatz wäre das BürgerForum Wartburgkreis nicht möglich gewesen. Monique Lampe moderierte die Veranstaltungen. Viviana Cortez von Falkenhausen, Karl Gütter, Ian von Falkenhausen und Joachim Wolfram moderierten in ehrenamtlicher Tätigkeit die Online-Diskussion. Ihnen und allen zahlreichen Helfern, die hier nicht namentlich erwähnt sind, gilt besonderer Dank.



Solidarität und Gerechtigkeit

Arbeit muss sich lohnen. Eine wichtige gesellschaftliche Herausforderung besteht in der gerechten und leistungsorientierten Verteilung des vorhandenen Wohlstandes, konkret in gleichen Einkommen in Ost und West, für Mann und Frau. Denn Leistung muss sich lohnen. Wir müssen die Bereitschaft zur Solidarität erhöhen und den Wert der Arbeit besser schätzen. Auch gemeinnützige Arbeit für Hartz-IV-Empfänger und Geringverdiener eignet sich, um Solidarität zu fördern. Ein Fundament dafür sind die Grundsicherung durch ein Bürgergeld, ein Sozialversicherungssystem ohne Bemessungsgrenze, Einbeziehung aller Einkommensarten und ein gerechter Zugang zu einheitlicher Bildung.

*BürgerRedakteure Andreas Hundertmark, Sigrid Urbig*

## VORSCHLAG

# EINFÜHRUNG GRUNDEINKOMMEN

Das Grundeinkommen stellt ein gesichertes Einkommen dar, durch das Kräfte für gesellschaftliche Aufgaben frei werden, sich die Lebensqualität erhöht, Familien und Regionen gestärkt werden. Durch Erwerbsarbeit wird es aufgestockt. Der Wert des Menschen wird aus seiner Existenz heraus definiert.

## BEGRÜNDUNG

Als Arbeit wird meist nur Erwerbsarbeit gesehen, obwohl der größte Teil der Arbeitsstunden pro Jahr schon heute unentgeltlich geleistet wird. Auch diese Arbeit muss anerkannt werden – sich lohnen. Die Erwerbsarbeit nimmt mit zunehmender Automatisierung weiter ab.

Die Einführung eines Grundeinkommens würde zu mehr Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft führen. Eine Existenzsicherung schafft Anreize, neue Initiativen zu ergreifen und Lebenssträume umzusetzen. Arbeit wird gerechter, besser verteilt und steht nicht mehr so stark im Spannungsfeld der familiären Entwicklung. Arbeitnehmer können nicht mehr unmittelbar unter Druck gesetzt werden. Damit entfallen viele Probleme bzgl. Mindestlohn, Lohndumping, Hartz-IV-Aufstockung, Leiharbeit. Ein Grundeinkommen versetzt Menschen mit geringem Einkommen in die Lage, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, und sie müssten nicht mehr das Gefühl haben, ausgegrenzt zu sein. Es stärkt regionale Verbundenheit, Familien und Vereine.

## VORSCHLAG IM DETAIL

Das Grundeinkommen, wie es vielfach publiziert wurde, ist ein bedingungsloses Grundeinkommen. Das Grundeinkommen selbst würde also, wie der Name schon sagt, die Grundlagen des Lebens abdecken.

Jeder Mensch hat einen Anspruch darauf – es ist ein Grundrecht, denn die Absicherung der Existenz und der Anspruch eines jeden Menschen auf eine Mindestteilhabe sind ein grundlegendes Menschenrecht. Es ist nicht an die Pflicht zu einer Gegenleistung geknüpft.

Wer sich aus eigener, freier Entscheidung und eigenverantwortlich engagieren kann, ist hoch motiviert, kreativ und sinnerfüllt tätig – ob in der Erwerbsarbeit, beim bürgerschaftlichen Engagement (Ehrenamt), im privaten Bereich oder in der eigenen immateriellen Produktion. Die ökonomische Basis des gesellschaftlichen Wohlstands und somit auch des Grundeinkommens sind die Ausnutzung natürlicher Ressourcen und das Ergebnis der menschlichen Kulturgeschichte, der über lange Zeit ge-

wachsenen Anhäufung von produktivem Wissen und Können. Sie ist nicht nur das Produkt der gegenwärtigen Gesellschaft.

Die Höhe des Grundeinkommens soll sich am Grundbedarf orientieren. Jeder Mensch, ob Pfleger, Ehrenamtlicher, Künstler, Alleinerziehender, Rentner, Kranker, Kind oder Behinderter, könnte ohne Existenzängste ein selbstbestimmtes Leben führen.

Das bedingungslose Grundeinkommen darf nicht zu Sozialabbau führen – im Gegenteil, es soll gerade davor schützen. Niemandem darf es mit dem Grundeinkommen finanziell schlechter gehen als jetzt mit ALG2. Ob Krankenkassenbeiträge, Wohngeld oder andere Leistungen im Grundeinkommen integriert sind oder nicht, hängt vom konkreten Modell ab.

Finanzieren könnte man das Grundeinkommen über eine höhere Konsumbesteuerung (Erhöhung der Mehrwertsteuer) oder dadurch, dass alle Einkommen besteuert werden, den Wegfall aller bisherigen Transferleistungen sowie der Verwaltungskosten der entsprechenden Behörden und Ämter.



Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Bürokratie vereinfachen.

## PRO UND CONTRA

Die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens macht eine radikale Umgestaltung unseres bisherigen Sozial- und Steuersystems und der Behördenlandschaft notwendig. Viele Ämter und Behörden würden wegfallen, was auf Widerstand der dort Beschäftigten stoßen wird. Gleichzeitig bietet es aber die Möglichkeit der Lösung vieler sozialer und gesellschaftlicher Probleme und schafft Freiräume für die Verwirklichung von Lebensvorstellungen des Einzelnen. Die Finanzierung wird als ein Problem angesehen, aber hier gibt es schon Modelle, welche die Machbarkeit zeigen (z. B. Konsumsteuer).

Auch dass die meisten Menschen nichts mehr tun würden, denken viele Menschen. Aber Umfragen zeigen, dass dies nur eine kleine Minderheit ist. Es wird befürchtet, dass insbesondere Jugendliche die Motivation verlieren könnten, eine Berufsausbildung zu ab-

solvieren, da man das Grundeinkommen ohne Gegenleistung erhält. Ein soziales Jahr sowie Arbeitsförderungs- und Trainingsmaßnahmen könnten dem entgegenwirken.

## UMSETZUNG

Die Menschen sollten über das Grundeinkommen umfassend informiert werden, um die Akzeptanz bei der Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen und durch Volksabstimmung zu beschließen. Wir brauchen Pilotprojekte, z. B. eine strukturschwache Region, um Schwachstellen zu finden und korrigierend eingreifen zu können.

Eine Möglichkeit wäre, dass über zehn Jahre das monatliche Grundeinkommen jährlich erhöht wird. Die bestehenden Zahlungen, d. h. Gehälter, Renten, Hartz IV, bleiben erhalten. Zur Gegenfinanzierung wird zusätzlich zur Unternehmenssteuer auf Produktivitätsgewinne die Mehrwertsteuer jeweils angehoben. In der Einführungsphase müsste die Lohnsteuer der Erwerbseinkommen noch erhoben werden, allerdings reduziert, um

Leistung nicht zu bestrafen. Eine andere Möglichkeit ist die Einführung ab einem Stichtag, ab dem alle das Grundeinkommen in voller Höhe beziehen.

Das GE berührt nicht bereits erworbene oder in der Folge entstehende Ansprüche, z. B. Rente.

*BürgerRedakteure*

*Andreas Hundertmark, Sigrid Urbig*

## AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Differenz zwischen Grundsicherung und Arbeitseinkommen muss größer werden“, „Gerechtere Bezahlung“, sowie „Vereinheitlichung der Sozialsysteme“



Demokratie und Beteiligung

Verschiedene Ereignisse zeigen, dass viele politische Entscheidungen gegen den begründeten Willen von breiten Bevölkerungsschichten getroffen werden. Die Meinung eines jeden Bürgers zählt! Dies wird auch durch direkte Demokratie erreicht. Abstimmungen sind parteiunabhängig möglich und konkrete Ziele und Lösungsvorschläge werden gemeinsam und effektiv verwirklicht. Dies führt zu einer Zurückdrängung des Lobbyismus und zur Verantwortung des Einzelnen. Im Ergebnis bleibt eine größere Akzeptanz der Bevölkerung für die getroffenen Entscheidungen und schnelle, sachlich richtige und transparente Lösungen.

*BürgerRedakteure Michael Schröder, Angela Zickler*

## VORSCHLAG

# EINBEZIEHUNG DER BÜRGER IN POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSPROZESSE

Wir fordern umfassende Information der Bürger vor politischen Entscheidungen und Respekt vor dem Bürgerwillen seitens der Politik und dass wichtige Entscheidungen für die Gesellschaft und Grundgesetzänderungen nur über Volksabstimmungen getroffen werden.

## BEGRÜNDUNG

Die Mauer zwischen Politikern und Bürgern kann nur durch ein gemeinsames Gestalten unserer Gesellschaft durchbrochen werden. Es muss einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen Politikern und interessierten Bürgern geben. Dieser muss von staatlicher Seite gefördert und gesetzlich verankert werden. Dadurch können politische Entscheidungen leichter nachvollzogen und akzeptiert werden.

Bei wichtigen Entscheidungen, die die Mehrheit der Gesellschaft betreffen, müssen Volksabstimmungen per Gesetz vorgesehen werden, denn für die meisten Bürger ist es nachvollziehbarer, wenn sie selbst über Projekte abstimmen, statt nur eine Partei zu wählen. Dies könnte zu einer höheren Bürgerbeteiligung auch bei Nichtwählern führen. Zudem wird damit der Einfluss von Lobbyisten und Interessengruppen auf politische Entscheidungen beschränkt.

## VORSCHLAG IM DETAIL

Die Abgeordneten sind dem Willen ihrer Wähler verpflichtet. Aktuelle Probleme werden sie anhand guter Argumente und entlang ihrer Grundüberzeugungen entscheiden. Doch auch in Bürgerversammlungen sollten von den Bürgern Ziele festgelegt und ein Abgeordneter gewählt werden, der sich für diese Ziele einzusetzen hat.

Die aktive Beteiligung möglichst vieler Bürger muss gefördert werden. Neben der berechtigten Kritik an Unzulänglichkeiten der aktuellen Politik sollte auch jeder selbst prüfen, ob er nicht in der Verantwortung steht, sich um einen Sitz in Volksvertretungen (lokal bis europaweit) zu bewerben.

Die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen, muss wieder gestärkt werden. Jeder sollte an sich selbst prüfen, ob er anderen Argumenten ausreichend zuhört und diese tatsächlich würdigt. Die Suche nach mehrheitsfähigen Programmen ist notwendig und aufwendig,

denn eventuell höhere Grundsätze sind dabei durchaus zu beachten.

Die bisherigen Möglichkeiten, Sachinformation z. B. über Auslagen von Planungsunterlagen zu erhalten, sind vorausschauend zu nutzen. Informationsmöglichkeiten über Amtsblätter und Internet müssen weiter ausgebaut werden. Die entscheidenden Diskussionen sollten aber abschließend Auge in Auge geführt werden.

Demokratie erfordert das Miteinander vieler verschiedener Meinungen, wodurch der Entscheidungsprozess komplizierter, aber auch repräsentativer wird und im Ergebnis sicherer.

Für die Bürgerbeteiligung müssen drei technisch ausgereifte Internetforen geschaffen werden: bundesweit, landesweit und kommunal. Die Bürger können Ideen und Vorschläge in das jeweilige Forum einstellen, diese kommentieren und darüber abstimmen. Die Volksvertreter müssen für diese Problemstellungen Lösungsvorschläge anbieten, über die wiederum im Forum abgestimmt wird, und diese umsetzen.



## PRO UND CONTRA

Die höheren Kosten und der größere Zeitaufwand bei der Entscheidungsfindung werden dadurch relativiert, dass es zu einer besseren Verständigung zwischen den Bürgern und den regierenden Politikern kommt. Somit wird auch mehr Akzeptanz für die getroffenen Entscheidungen in der Bevölkerung geschaffen. Als Folge kann angenommen werden, dass es weniger Widerstände und Klagen seitens der Bevölkerung gibt, was wiederum die Kosten der Bürokratie senken würde.

Zudem erhöht sich die Bereitschaft der Bürger zur Mitarbeit in den Parlamenten, was zu einer höheren Kompetenz des Parlaments aufgrund einer breiteren Interessenvertretung führt.

## UMSETZUNG

Der Bundespräsident sollte dafür sorgen, dass die Vorschläge des BürgerForums in der Bundesregierung wahrgenommen und so auch Eingang in den

Gesetzgebungsprozess finden können. Die Bundesregierung sollte darüber informieren, welche Vorschläge aus dem BürgerForum zu Änderungen geführt haben. Es muss darin enthalten sein, dass Politiker einen Nachweis darüber zu führen haben (beispielsweise durch vorher zu dokumentierende Umfragen im Wahlkreis), dass sie im Namen der Mehrheit der Bürger eine Entscheidung treffen oder Programme initiieren. Im Grundgesetz muss verankert werden, dass nur die Bürger im Rahmen einer Volksabstimmung über dessen Änderung entscheiden können. Für die Bürgerbeteiligung müssen drei technisch ausgereifte Internetforen (bundesweit, landesweit und regional) geschaffen werden.

*BürgerRedakteur Michael Schröder*

## AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Bürgerbeteiligung“, sowie „Transparenz schaffen!“.



Familiäre Lebensformen

Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die „klassische“ Familie befindet sich im Wandel. Sie muss sich den Anforderungen der heutigen Arbeitswelt anpassen: Mobilität, Flexibilität und Leistungsbereitschaft. Es entsteht zunehmend eine Vielfalt verschiedener familiärer Lebensformen. Diese Entwicklung erschwert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Zusammenleben von Jung und Alt und die Absicherung des Einzelnen in der Gesellschaft. Die Herausforderung besteht im Umsetzen notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen, um die Betreuung aller Generationen zu ermöglichen, Unterstützung bei der Entscheidung für Familie und Kinder zu geben und die Familie als Kern der Gesellschaft zu stärken.

*BürgerRedakteure Kathrin Reinhard, Stephanie Weih*

## VORSCHLAG

# REGION STÄRKEN, UM GEWACHSENE FAMILIÄRE STRUKTUREN ZU ERHALTEN UND ZU FÖRDERN

Damit vor allem junge Menschen in unserer Region bleiben und nicht wegen eines besseren Arbeitsangebotes abwandern, sind regionale Arbeitsplätze und ein bundesweit gleiches Lohnniveau wichtig. So können mehrere Generationen zum Wohle aller zusammenleben und sich gegenseitig unterstützen.

## BEGRÜNDUNG

In ländlichen Regionen wie dem Wartburgkreis gibt es traditionell gewachsene familiäre Strukturen. Mehrere Generationen einer Familie leben unter einem Dach oder in der näheren Umgebung. Davon profitieren alle. Großeltern können auf die Kinder der berufstätigen Generation aufpassen; Ältere können bei Bedarf in der Familie betreut werden.

Damit diese gesellschaftlich gewinnbringenden Gefüge weiterhin funktionieren, muss die Abwanderung gestoppt werden. Junge Menschen sollten nach Studium oder Berufsausbildung die Möglichkeit haben, in der Umgebung ihres Heimatortes Arbeit zu finden und dorthin zurückzukehren. Sonst werden sich die jungen Menschen auf Ballungszentren mit höherem Lohnniveau und besserer Infrastruktur konzentrieren und die ländlichen Regionen dadurch überaltern.

Die Entscheidung für Kinder wird schwerer, da die Betreuung durch die

eigene Familie wegen großer Entfernungen nicht möglich ist und das städtische Umfeld nicht unbedingt der Familiengründung zuträglich ist.

## VORSCHLAG IM DETAIL

Der Vorschlag sieht die Erarbeitung von regionalen Programmen vor, welche auf eine konkrete Region mit ihren Besonderheiten zugeschnitten sind. Die Inhalte eines solchen Programms könnten für den Wartburgkreis die im Folgenden erläuterten Punkte sein:

Durch die gezielte Förderung mittelständischer Unternehmen werden mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Region geschaffen. Unternehmen im ländlichen Raum sollten umfassend unterstützt werden. Dazu zählen günstiges Bauland und attraktive Gewerbegebiete, aber auch eine Senkung der Gewerbesteuer und Unterstützung bei der Unternehmensgründung. Familienfreundliche Unternehmen (z. B. bei Teilzeitangeboten für Mitarbeiter, Gutscheine für Hortbetreuung, Musik- und

Sportunterricht, Altenbetreuung, Kulturprojekte) sollten dabei besonders berücksichtigt werden.

Gleichzeitig muss es zu einer bundesweiten Angleichung des Lohnniveaus kommen, um vor allem für Fachkräfte und Akademiker regional attraktive Arbeitsangebote zu schaffen und deren Abwanderung zu verhindern.

Die Infrastruktur im ländlichen Raum sollte ausgebaut werden, um schnelle Verbindungen für Pendler und Transportunternehmen zu ermöglichen.

Weiterhin muss die medizinische Versorgung auf dem Land gewährleistet und verbessert werden. Dazu ist der Ausbau von medizinischen Versorgungszentren sinnvoll, da diese jungen Ärzten das Risiko einer Praxis nehmen. Auch die Verpflichtung der Absolventen auf unbesetzte Stellen für einen bestimmten Zeitraum nach dem Studium ist denkbar.

Eine die Dörfer und Städte erhaltende Baupolitik mit Förderungen für den Aus- und Umbau und die Sanierung historischer Gebäude über die be-



stehende Denkmalförderung hinaus sichern Wohnraum auf dem Land.

Auch das ressortübergreifende und perspektivische Denken der zuständigen Ämter, z. B. bei Schulzusammenlegungen, Kita-Schließungen, ist zwingend notwendig, um die langfristige Entvölkerung ländlicher Regionen zu verhindern.

## PRO UND CONTRA

Negativ sind die Kosten für diese Maßnahmen. Steuerzahler im ganzen Bundesgebiet müssten dafür aufkommen, auch die, die es nicht unmittelbar betrifft. Langfristig überwiegen allerdings die positiven Aspekte.

In allen Regionen Deutschlands können sich eine vielfältige Gesellschaft und gegenseitige Unterstützung entwickeln.

Das familiäre Zusammenleben aller Generationen wird möglich. Das reduziert langfristig soziale Missstände und bringt Ersparnisse bei Kinderbetreuungs- und Pflegekosten. Außerdem

wird der Entvölkerung und Überalterung in ländlichen Gebieten entgegengewirkt. Das führt wiederum zur Entlastung der Ballungsgebiete und Großstädte.

In ganz Deutschland wird eine flächendeckende medizinische Versorgung gewährleistet.

## UMSETZUNG

Die wirtschaftliche Förderung der Regierung muss auf den ländlichen Raum ausgedehnt werden, anstatt nur Wachstumsregionen zu fördern.

Die zuständigen Behörden müssen den Ausbau der Infrastruktur (Straßennetz, Bahn, Gewerbeflächen etc.) beschleunigen.

In Zusammenarbeit der Agentur für Arbeit mit Unternehmen und Schulen können Schulprojekte u. a. mit folgenden Inhalten initiiert werden: Welche Berufe werden in der Region gebraucht? Mit welcher Ausbildung habe ich Chancen auf eine Arbeitsstelle in der Region? Arbeitsvermittelnde Institu-

tionen sollten sich der Aufgabe stellen, Menschen in Arbeitsverhältnisse zu vermitteln, für die eine angemessene Entlohnung geboten wird. Dann bleibt man auch gern in der Region.

*BürgerRedakteur Stephanie Weih*

## AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Förderung des familiären Zusammenlebens von Alt und Jung“, „Finanzielle Grundabsicherung“, sowie „Verbesserung der Betreuungssituation für Kinder berufstätiger Eltern“.



Durch die Bildung von Parallelgesellschaften besteht die Gefahr, dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet. Kann dieser Entwicklung durch die Vermittlung deutscher Sprache und Werte entgegengewirkt werden? Wie könnte die Förderung des verständnisvollen Miteinanders der verschiedenen Kulturen die Gesellschaft zusammenführen? Könnten gemeinsame, organisierte Informationsveranstaltungen über unsere Kultur und die der ausländischen Mitbürger in einigen Bereichen Übereinstimmung zeigen und damit den Integrationswillen fördern?

*BürgerRedakteure Helmut Philipps, Detlev Stauch*

## VORSCHLAG

# GEZIELTE SPRACHFÖRDERUNG IN KITA UND SCHULE

Die Sprache ist Voraussetzung für den Zugang zur Bildung. Dabei ist die Mitwirkung der Eltern unbedingt notwendig. Kita-Personal muss für die Sprachförderung qualifiziert werden. Die Sprachfertigkeit bestimmt, ob ein Kind schulfähig ist. Sprachverteilung entscheidet über die Bildung von Schulklassen.

## BEGRÜNDUNG

Schon in den Kitas eine gezielte Sprachförderung von Migrationskindern umzusetzen, schafft die Voraussetzungen für einen reibungslosen Übergang zur Schule. Die Kinder lernen besser, miteinander umzugehen. Die Scheu vor dem Fremden wird durch eine gute Sprachförderung und Verständigung auch vonseiten der deutschen Kinder schnell abgebaut. Der Herausbildung von Parallelgesellschaften kann durch das gemeinsame Aufwachsen und Lernen der Kinder entgegengewirkt werden.

## VORSCHLAG IM DETAIL

Kitas sollten als Bildungseinrichtung eingestuft werden. Ein Jahr vor Schulbeginn muss der Kita-Besuch aller schulpflichtigen Kinder per Gesetz zur Pflicht erhoben werden. Die Nutzung der Kitas sollte analog zur Schule für alle Kinder kostenfrei sein. Die Betreuung der Kinder zu Hause sollte dagegen in dem Vorschuljahr nicht zusätzlich

finanziell unterstützt werden. Hierdurch ergeben sich Vorteile für deutsche Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund auf einer breiten Ebene. Die entsprechenden Voraussetzungen sind durch die Bereitstellung finanzieller Mittel durch den Bund und nicht durch die Städte und Gemeinden im Rahmen eines Bildungsfonds abzusichern. In die Bildung zu investieren bedeutet, in die Zukunft zu investieren.

Durch eine zielgerichtete Qualifikation des Kita-Personals werden die Befähigung und Voraussetzung zur Erfüllung dieser sicher sehr schwierigen Aufgabe gewährleistet. Kostenlose Betreuung der Kinder durch gut ausgebildetes, pädagogisch und logopädisch qualifiziertes Personal, gesunde Beköstigung sowie eine sinnvolle finanzielle Ausstattung der Einrichtung – statt Erhöhung des Kindergeldes – machen dies möglich.

Die konsequente Einbeziehung der Erziehungsberechtigten muss im Rahmen einer guten Motivation durch entsprechende Ansprechpartner erfolgen. Im Falle der Verweigerung dürfen Sank-

tionen kein Hindernis sein. Die Botschaft: „Wo es Rechte gibt, sind auch Pflichten zu erfüllen“ muss unmissverständlich durch die Politik umgesetzt werden.

## PRO UND CONTRA

Der Vorschlag hat den Nachteil, dass Städte und Gemeinden durch den Wegfall der Kita-Gebühren stärker belastet würden. Ein Vorteil der kostenlosen Kita-Nutzung dank der Kindergartenpflicht im Vorschulalter wäre allerdings die frühzeitige Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft. Durch das Erlernen der deutschen Sprache werden auch die Anfangsschwierigkeiten bei Schulbeginn beseitigt. Alle Kinder hätten dann die gleichen Voraussetzungen.

## UMSETZUNG

Die Umsetzung muss in erster Linie durch ein Umdenken in der Politik erfolgen. Im Rahmen der Integration der



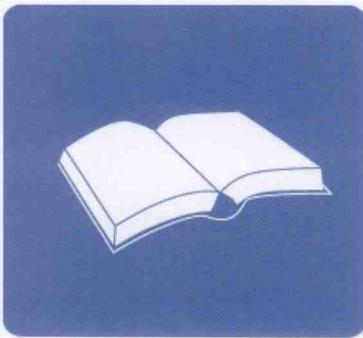
Migrantenkinder ist eine engere Einbeziehung der Eltern in die Erziehung und Bildung einzufordern. Eine transparente Infrastruktur für die Kinderbetreuung sollte dafür eine Voraussetzung sein.

Bei der Erarbeitung einer Strategie für die Integration sollten Lehrer und Erzieher einen wesentlichen Beitrag leisten. Bereits in den Kitas müssen zu den Familiennachmittagen Familien mit Migrationshintergrund aktiv mit einbezogen werden. Hausbesuche von Erziehern, Lehrern oder Eltern könnten die Familien zu mehr Mitarbeit in den Einrichtungen motivieren. Mehr Aufklärungsarbeit über den Spracherwerb wäre bei allen Bevölkerungsgruppen sinnvoll. Die Gleichwertigkeit des Erwerbs der Muttersprache und Landessprache ist für die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes ein erstrebenswertes Ziel. Dies sollte bei der Erarbeitung einer Strategie für die Integration berücksichtigt werden.

*BürgerRedakteur Detlev Stauch*

#### **AUSSERDEM IN DER DISKUSSION**

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Ermittlung der Bedürfnisse der Betroffenen“, „Erstanlaufstelle“, sowie „Nachweis der Integrationswilligkeit“.



Bildung

Bildung als Bundesangelegenheit: Schaffung eines bundeseinheitlichen Rahmenlehrplans mit vergleichbaren Abschlüssen ist erforderlich. Chancengleichheit in der Bildung für alle Kinder und Jugendlichen vom Vorschulalter bis zum Abitur ist zu sichern. Eine angemessene Finanzierung von Bildung und deren Einrichtungen ist eine vornehmliche Grundaufgabe des Staates. Bildung und Erziehung müssen als Einheit in der Schularbeit praktiziert werden. Sekundärtugenden als Grundposition im Bildungssystem müssen höheren Stellenwert erfahren.

*BürgerRedakteure Jenny Ruppert, Jan Wameling*

## VORSCHLAG

# BILDUNG MUSS BUNDESSACHE WERDEN

Eine Grundgesetzänderung zugunsten bundeseinheitlicher Strukturen und Bildungsstandards durch den Bundestag und den Bundesrat fördert eine bessere und effizientere Bildung in Deutschland. Bildungsfragen dürfen nicht länger Ländersache bleiben und kein Versuchsfeld politischer Kräfte sein!

## BEGRÜNDUNG

In der Bundesrepublik Deutschland obliegt der Bereich Bildung an Schulen und Hochschulen dem Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Bundesländer, wodurch es zu abweichenden Schulsystemen u. a. im Bereich Schulformen, Lehrpläne und Abschlüsse kommt; welche nach einem politischen Machtwechsel oft infrage gestellt werden! Da in der heutigen Zeit ein hohes Maß an Flexibilität und Mobilität gefordert wird, ist es zwingend erforderlich, dass Bildung als Bundesangelegenheit gesehen wird, um Chancengleichheit gewährleisten zu können und dies mit einem finanzierbaren, bundeseinheitlichen Bildungssystem!

Wir sind dazu verpflichtet, dass in diesem Bereich Strukturen optimiert werden, es ist hierfür notwendig zu analysieren, was sich in den 16 Bundesländern bewährt hat, damit beste Bedingungen geschaffen werden können, welche allen Kindern in Deutschland zugutekommen! Kinder sollen unabhängig von ihrer Herkunft die Chance be-

kommen, zu starken Persönlichkeiten mit entsprechenden Perspektiven heranwachsen zu können!

## VORSCHLAG IM DETAIL

Änderung des Grundgesetzes: Die Bildungshoheit muss an den Bund übergeben werden, um einheitliche Regelungen treffen zu können. Die Kultusministerien der Länder werden mit der Umsetzung beauftragt.

**Bundeseinheitlicher Rahmenlehrplan:** In allen Bundesländern sollte es das gleiche Fächerangebot geben und Abwählen von Fächern sollte nicht möglich sein. Einheitliche Prüfungsstandards werden festgelegt und entsprechend dem Schulabschluss wird eine zentrale Abschlussprüfung nach einheitlicher Anzahl von Schuljahren am selben Tag in ganz Deutschland durchgeführt. Wir brauchen klar ausgewiesene Lehrplan- und Kompetenzziele, welche Schüler zum Ende des Schuljahres nachweisen sollten, vor allem bei Sach-, Sozial- und Methodenkompetenzen. Raum für spezifische In-

halte in den einzelnen Bundesländern sollte erhalten bleiben. Tugenden wie demokratisches Denken und soziales Handeln sollten durch außerschulische Aktivitäten gefördert werden. Die Klassenstärken müssen verringert und die Grundausrüstung mit Lehrmitteln muss sichergestellt werden. Schulen und Kindergärten sollten als Ganztageseinrichtungen gelten und vor allem Sprachkompetenz fördern und Freizeitangebote in den Ferien bereithalten.

**Reform der Lehrer- und Erzieherausbildung:** Wer Lehrer werden will, muss sich einer Eignungsprüfung unterziehen. Die Ausbildung an Universitäten braucht stärkeren Bezug zum schulischen Alltag, dessen soziale und ökonomische Voraussetzungen die Zusammenarbeit mit erfahrenen Lehrern und sozialpädagogischen Kräften nötig macht. Didaktisch-methodische und psychologische Themen müssen Kern der Ausbildung sein. Die Lehrerausbildung muss, wie auch der einheitliche Rahmenlehrplan, in allen Einrichtungen nach denselben Standards erfolgen.



Besondere Voraussetzungen heutiger Familien: Bildungsferne Familien, alleinerziehende Eltern, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund brauchen konkrete Hilfsangebote in schwierigen Situationen. Die Rechtslage sollte bei Verstößen entsprechend angepasst werden.

## PRO UND CONTRA

Die Optimierung der Strukturen sichert Qualität und ein einheitliches Bildungssystem gewährleistet mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten werden durch einen einheitlichen Rahmenlehrplan sichergestellt. Doch lässt sich das Grundgesetz so einfach ändern, um die Bildungshoheit auf den Bund zu übertragen? Wird dadurch Vielfalt gefährdet?

Der Vorschlag hat Potenzial, das Bildungssystem in Deutschland zu verbessern, da der Bund mehr Verantwortung übernimmt! Er sorgt für ein einheitliches Bildungssystem mit einem einheitlichen Rahmenlehrplan, den die Länder mit län-

derspezifischen Lerninhalten umsetzen. Kinder sind unsere Zukunft! Wir müssen ihnen die bestmögliche Ausbildung bieten, denn ohne „unsere Zukunft“ werden wir kein Land des Wissens, der Wirtschaft und der Innovationen bleiben!

## UMSETZUNG

Wir fordern eine Grundgesetzänderung, damit Bildung zur Bundesangelegenheit wird! Wir benötigen eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat! Mit viel Überzeugungs- und Öffentlichkeitsarbeit müssen wir die Politik dazu bewegen, sich dieses ungeliebten Themas anzunehmen! Also: Druck aufbauen und ausüben!

Volksbefragungen und Bürgerentscheide sollten nur EINE Maßnahme sein – nicht die alleinige (am Beispiel Hamburg hat man sehen können, dass eine bestimmte Klientel ihre Anhänger stärker mobilisieren konnte und u. U. ein Ergebnis bei einer Abstimmung zur Schulreform herbeiführte, das nicht dem

Empfinden der Mehrheit entsprach). Bei politischen Entscheidungen geht es nicht allein darum, „die Leute mal zu fragen“, sondern sie VORHER zu überzeugen!

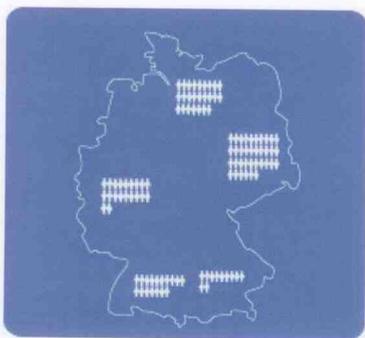
Umfassende Agitation, Sensibilisierung und Mobilisierung in verschiedenen Phasen – auf Dauer angelegt. Mit Aktionen mediale Aufmerksamkeit erregen!

*BürgerRedakteur Jenny Ruppert*

## AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften:

„Änderung des Grundgesetzes – Bildung Bundesangelegenheit“, „Bildung als Bundesangelegenheit“, sowie „Bundeseinheitlicher Rahmenlehrplan“.



Demografie

Lebensperspektiven für Jung und Alt in der Region“ bedeutet, dass alle Generationen Zugang zu und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben finden. Die Menschen üben generationenübergreifende Wertschätzung und tauschen ihre Leistungen miteinander aus. Die Bedeutung des Ehrenamts und die persönliche Eigenverantwortung in der Gesellschaft werden gestärkt. Die Grundbedürfnisse werden langfristig abgesichert. In den Kernaufgaben abgesicherte Kommunen gestalten die Infrastruktur so, dass starke Regionen sichere Lebensperspektiven für Jung und Alt bieten.

*BürgerRedakteure Lars Ophagen, Barbara Wodniok*

## VORSCHLAG

# LEBENSPEKTIWE FÜR JUNG UND ALT

Die Regionen des Landes bleiben generationenübergreifend lebenswert. Diesen Zustand erreichen wir mit fairem Einkommen, sorgenfreien Familiengründungen und einem zukunftsorientierten Umgang mit den Bereichen Umwelt, Geldwirtschaft und Arbeitskraft. Abwanderung wird so verhindert. Regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützen das.

## BEGRÜNDUNG

Dieser Vorschlag beinhaltet die Existenzgrundlage aller und den vernünftigen Umgang mit Rohstoffen und Energie. Er berücksichtigt den Menschen als soziales Wesen. Er stärkt die Regionen. Das Land wird nicht in Gewinner und Verlierer des demografischen Wandels geteilt. Die drastische Verschärfung von Problemen ganzer Landstriche, hervorgerufen durch Abwanderung innerhalb Deutschlands, wird gestoppt. Flächendeckende Schaffung von Arbeitsplätzen hält junge Menschen am Ort. Das ermöglicht die Lösung der Herausforderungen des demografischen Wandels in Familienverbänden, Vereinen und dem Ehrenamt. Der Erhalt sozialer Kontakte verbessert das Gemeinschaftsgefühl zwischen den Generationen. Für die Kommunen ist eine gesunde Bevölkerungsstruktur so wichtig wie verlässliche Einnahmen. Dann können regionale Bräuche, Feste und Traditionen gepflegt werden, Ideengeber in den Ortschaften gefördert werden. Bürgerliches Engage-

ment wird viele Probleme selbst lösen. Die Kommunen widmen sich den Grundaufgaben.

## VORSCHLAG IM DETAIL

In Zeiten des demografischen Wandels muss das politische Handeln darauf bedacht sein, dass Menschen an allen Orten des Landes eine Perspektive für ihr ganzes Leben finden. In politischen Entscheidungen wird künftig auch die Verträglichkeit von Vorhaben in Hinblick auf die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Senioren berücksichtigt.

Die Verschärfung der Probleme des demografischen Wandels durch Abwanderung innerhalb Deutschlands (Ost- und Nord-Süd-Gefälle, Ballungszentren) und ins Ausland wird erkannt. Das politische Handeln wirkt dagegen. Abwanderung, regionaler Nachfragemangel, Verlust von Arbeitsplätzen, schwindendes Bildungs- und Kulturangebot und Reduzierung des persönlichen und gesellschaftlichen Wohlstandes sind vermeidbar. Die Abwanderung von jungen Arbeitskräften reißt die

Generationen auseinander und es entstehen „alte Landschaften“ ohne soziale Sicherheit. In den Gegenden in Deutschland, in denen es möglich ist, dass die Generationen zusammenleben, ist das demografische Problem weniger ausgeprägt. Dort sind Strukturen gewachsen, die regionale Kreisläufe (Handwerk, Handel, Freizeitgestaltung) stützen. Diese schaffen Arbeit und erhalten langfristig eine gesunde Gesellschaftsstruktur.

Ein verständnisvoller Umgang der Generationen untereinander und gegenseitige Wertschätzung ermöglichen individuelle Generationenleistungen, die bei der zunehmenden Entmischung unserer Gesellschaft nach Alter, Arbeit, Bildung, Kultur und Wohlstand immer mehr von privaten und öffentlichen Trägern übernommen werden müssen. Gesellschaftliche Aufgaben wie Bildung, Erziehung, Betreuung von Kindern und Senioren sind in starken Familienverbänden oder im ehrenamtlichen Engagement viel günstiger zu erbringen, als wenn man alles „dem Staat“ überlässt. Generationenhäuser und Versorgungsgemein-



schaften von Senioren, die sich nach ihren Möglichkeiten unterstützen, sind nur zwei Beispiele mit viel Potenzial für hohe Lebensqualität der Betroffenen und wirtschaftliche Einsparungen.

## PRO UND CONTRA

Der Vorschlag läuft der Tendenz entgegen, Zentralisierung von Arbeitsstätten, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen zu fördern. Entsprechende Investitionen sind verloren. Es muss in den Erhalt der Infrastruktur kleiner Orte investiert werden. Die Reform der auf Wachstum angelegten Teile unseres Wirtschaftssystems (Aktienmärkte, Rentensystem, Lebensversicherungen) wird nicht angegangen. Dafür eröffnet unser Vorschlag einen neuen Blick auf den Begriff „Lebensqualität“. Lebensperspektive für Jung und Alt wird als Gesamtpaket für das Wohlergehen betrachtet, sie ist mehr als hohes Einkommen und die Verfügbarkeit von Freizeitangeboten. Die Gesellschaft baut auf persönlichen Bindungen und Kontakten auf. Diese sorgen dafür, dass eine Ge-

sellschaft funktioniert. Ein Umdenken an dieser Stelle wird dazu führen, dass sich Themen wie Demografie und Lebensperspektive ganz neu darstellen. Die Förderung aller Regionen vermeidet das Entstehen „alter Landschaften“ mit Versorgungslücken in allen Bereichen.

## UMSETZUNG

Politische Kontinuität und parteienübergreifende Planung von Wirtschaftsstandorten, Infrastruktur und Unterstützung von Vereinen und privaten Initiativen vermindern die Kosten, die der Gesellschaft durch Geburtenratenrückgang, abwanderungsbedingtes Zerbrechen der Familien- und Ortsstrukturen, der auseinanderdriftenden Lebensbedingungen und des regionalen Fachkräfte-, Ärzte- und Lehrermangels entstehen. Gleiche Bezahlung gleicher Arbeit verhindert die Abwanderung benötigter Leistungsträger innerhalb Deutschlands und ins Ausland. Regionale Wirtschaftskreisläufe werden attraktiver als der Import aus Billiglohnländern oder die Flucht der Produktions-

standorte dorthin. Steuereinnahmen fließen da, wo die Arbeit erbracht wird. Gesellschaftliche und familiäre Strukturen bleiben flächendeckend erhalten. Erwerbstätigkeit sichert die Existenz einer Familie (Mindestlöhne und das Recht auf Arbeit sind hier als Mittel zu prüfen). So entlastete und gesicherte Kommunen leisten ihre Grundaufgaben zuverlässig.

*BürgerRedakteure*

*Lars Ophagen, Barbara Wodniok*

## AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Absicherung des Lebens“, „Gerechte Beteiligung aller am Sozialstaat“, „Regionale, geschlossene Kreisläufe schaffen“ sowie „Regionale Förderung von Ehrenamt und Eigenverantwortung“.



Eine Initiative des Bundespräsidenten mit:

| BertelsmannStiftung



Heinz Nixdorf Stiftung